

Dynamiken einer Rechtskoalition

Wie das Scheitern des Friedensprozesses innenpolitischen Populismus in Israel fördert

Peter Lintl

Israel sieht sich zunehmend der Kritik ausgesetzt, substantielle demokratische Prinzipien zu verletzen. Ansatzpunkt war eine Reihe von Entscheidungen und Initiativen: Erst im Juli 2016 verabschiedete die Knesset ein verschärftes Transparenzgesetz für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die aus dem Ausland finanziert werden, sowie ein Gesetz, das es dem Parlament erlaubt, Abgeordneten das Mandat zu entziehen. Schon Wochen und Monate zuvor gab es verschiedene Vorschläge aus der Regierung, etwa Kultur- und Medieneinrichtungen stärker zu kontrollieren. Außerdem wurden wiederholt Urteile des Obersten Gerichtshofs missbilligt, was mit der Forderung nach einer Möglichkeit einherging, dessen Entscheidungen durch das Parlament zu überstimmen. Diese Vorstöße haben in Israel, aber auch international für negatives Echo gesorgt.

Die Parteien der aktuellen Koalition – Kulanu, Israel Beitenu, Likud, Shas, Thora-Judentum und Jüdisches Heim – sind mit der partiellen Ausnahme von Kulanu im rechten politischen Spektrum anzusiedeln. Daher wird die Regierung in internationalen und israelischen Medien als »rechtste Regierung aller Zeiten« bezeichnet. Dies hängt mit der politischen Grundausrichtung der Parteien zusammen, aber auch mit ihrer politischen Arbeit. Besondere Aufmerksamkeit finden Gesetze und Gesetzesvorlagen, die unter Prämissen substantieller Demokratie wie Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit oder Gewaltenteilung kritisch gesehen werden. Israel bewege sich stärker in Richtung einer formellen Demokratie, in der substantielle Rechte durch Mehrheitsbeschluss beschnitten werden

können. Tatsächlich nehmen Diskussionen über solche Gesetzesvorschläge zurzeit in der Regierung viel Raum ein. Oft aber wird übersehen, dass diese Gesetzesinitiativen meist von einem Teil der Regierung eingebracht werden, der als populistisch oder radikal gilt und am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums steht. Zudem sind diese Vorstöße kaum erfolgreich, da sie selbst innerhalb der Regierung keine Mehrheit finden. Dennoch beeinflussen sie die Koalition, vor allem beim Agendasetting.

Dadurch gerät insbesondere Ministerpräsident und Likud-Vorsitzender Benjamin Netanjahu in Zugzwang, da er mit diesen Strömungen um Wählerstimmen konkurrieren muss. Angesichts dieser Konstellation rückt der politische Diskurs in Israel selbst nach rechts. Die Stärke des rechten politi-

schen Spektrums erklärt sich aber auch aus der Desillusionierung der Bevölkerung über den Friedensprozess und der Schwäche der Oppositionsparteien, vor allem der Zionistischen Union. Immer noch ist die Einstellung zum Nahostkonflikt und dessen Lösungsmöglichkeiten ein wahlentscheidendes Kriterium. Die verbreitete Skepsis in der israelischen Gesellschaft gegenüber den Erfolgsaussichten des Friedensprozesses eröffnet denjenigen rechten Parteien einen politischen Vorteil, die ihn schon immer ablehnten. Da zum ersten Mal eine nahezu lupenreine Rechtsregierung am Ruder ist, gewinnen deren populistische Teile mehr Gewicht und versuchen den politischen Diskurs durch immer neue Gesetzesvorstöße weiter nach rechts zu verlagern. Verstärkt wird diese Dynamik dadurch, dass Netanjahu auf Wählerstimmen vom rechten Rand angewiesen und bereit ist, diese Positionen mitunter aufzunehmen. Was in Israel aber als politisch »links« oder »rechts« gilt, wird durch spezifische Konfliktlinien in der israelischen Gesellschaft bestimmt.

»Rechts« und »links« in Israel

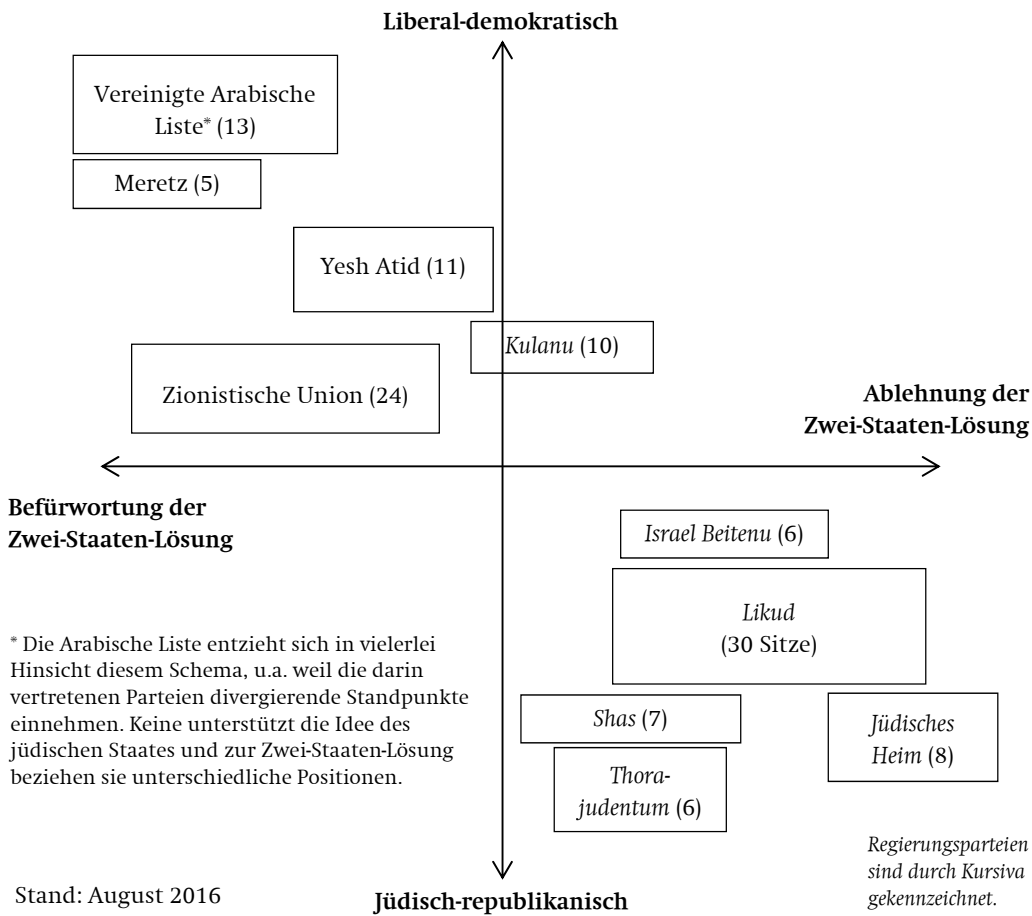
Entscheidend für die Positionierung im Links-rechts-Schema sind zwei Themenkomplexe. An erster Stelle steht die Haltung zur Frage, ob der Nahostkonflikt durch die Schaffung eines palästinensischen Staates friedlich gelöst werden kann oder ob ein solcher Staat die Bedrohung Israels verstärken würde (bzw. ob das Westjordanland sogar annektiert werden sollte). Die zweite Frage betrifft die normative Identität von Staat und Gesellschaft in Israel: Was ist die richtige Balance zwischen jüdischen und liberal-demokratischen Normen im Staat und was bedeutet dies für die Rechte nicht-jüdischer Minderheiten? Je weiter »rechts« eine Partei steht, desto stärker betont sie die ethnische und/oder religiöse Komponente des Judentums im israelischen Staat; je weiter »links«, desto mehr Bedeutung misst sie universellen und pluralistischen Werten bei. Wenn Vertreter am rechten Rand des politischen Spektrums den Stellen-

wert des Kollektivs hervorheben, meinen sie damit auch, dass abweichende Positionen kaum zu akzeptieren sind und nichtjüdische Teile der Bevölkerung nicht dazugehören. Arabische Parteien wiederum stehen außerhalb des Links-rechts-Schemas, da sie statt eines jüdischen Staates einen »Staat für alle Bürger« anstreben. Doch auch für sie bildet das Schema den politischen Referenzrahmen.

Bis auf Kulanu sind alle Regierungsparteien im rechten Spektrum der politischen Landschaft angesiedelt (siehe Schaubild). Trotzdem gibt es innerhalb der Koalition eine Bandbreite von Positionen, von den Liberalkonservativen über Strengreligiöse bis zu einer populistischen oder radikalen Rechten. Letztere will zum Beispiel alle Siedlungen im Westjordanland annektieren, was die Liberalkonservativen hingegen mehrheitlich skeptisch betrachten. Ähnliche Unterschiede gibt es bei Verfassungsfragen. Während die Rechtspopulisten einiger Parteien darauf drängen, substantielle liberal-demokratische Rechte im Namen jüdischer Kollektivrechte zu beschränken, bemühen sich die Liberalkonservativen eher um einen Ausgleich zwischen kollektiven und individuellen Rechten.

Besondere Brisanz gewinnt diese Konstellation, seit Netanjahu während des letzten Wahlkampfs 2015 (wobei er die Wahl fast verloren hätte) klar wurde, dass er nur Premierminister bleibt, wenn er sich innerhalb des rechten Lagers konsolidieren kann und der Likud die größte Knessetfraktion stellt. Angesichts der knappen Mehrheit (67 von 120 Sitzen) können mehrere Parteien der Koalition die Regierung zu Fall bringen. Das zwingt den Premier, bisweilen rechtspopulistische Positionen zu vertreten. Seine ideologische Flexibilität hat er in den letzten Jahren häufig unter Beweis gestellt und auch vor Populismus schreckt er nicht zurück, wenn es ihm opportun erscheint. Aufgrund dieser Situation wird innerhalb der Regierungskoalition eine Art ständiger Wahlkampf um die Stimmen des äußersten rechten Rands geführt. Politiker sehen sich genötigt zu beweisen, dass sie die wahren

**Heuristisches Schaubild:
Parteipolitische Positionierung im parlamentarischen System Israels**



Repräsentanten der israelischen Rechten sind. Deswegen überbieten sich vor allem Vertreter des Jüdischen Heims, des Likud und Israel Beitenus in politischen Vorstößen, Äußerungen und Gesetzesinitiativen. Die meisten davon sind nicht mehrheitsfähig und haben nur zum Ziel, das Thema auf die Agenda zu setzen und den politischen Diskurs zu verschieben. Nur selten gelingt es, populistische Initiativen in Gesetzesform zu gießen, beispielsweise in ein Transparenzgesetz für aus dem Ausland finanzierte NGOs oder ein Gesetz, das den Ausschluss von Parlamentariern aus der Knesset regelt.

Rechtspopulistische Vorstöße

Zu den bekanntesten Vorstößen gehört die regelmäßig wiederkehrende Forderung der

Justizministerin Ayelet Shaked (Jüdisches Heim), die Befugnisse des als zu liberal wahrgenommenen Obersten Gerichtshofs zu beschneiden. Unterstützung findet sie bei mehreren Likud-Mitgliedern (etwa Zeev Elkin und Yariv Levin). Zu Beginn der Legislaturperiode beispielsweise hatte Shaked einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der es der Knesset erlaubt hätte, Urteile des Obersten Gerichtshofs zu überstimmen. Moti Yogev (Jüdisches Heim) rief gar dazu auf, das Gerichtsgebäude mit einem Bulldozer niederzureißen. Kontrovers wurde auch der Vorschlag von Kultur- und Sportministerin Miri Regev (Likud) diskutiert, die finanzielle Förderung kultureller und künstlerischer Einrichtungen von ihrer Loyalität gegenüber dem Staat abhängig zu machen. Dabei ist es kein Geheimnis, dass Regev linken

und arabischen Künstlern diese Loyalität abspricht. Sie hatte Fragebögen an Künstler gesandt, in denen diese beantworten sollten, ob sie bereit wären, in Siedlungen des Westjordanlandes aufzutreten. Andernfalls werde die staatliche Förderung gekürzt. De facto verlangen alle Abgeordneten des Jüdischen Heims, aber auch viele Parlamentarier des Likud (darunter Tzipi Hotovely, Miri Regev, Danny Danon und Yariv Levin) immer wieder, die jüdischen Siedlungen des Westjordanlandes zu annektieren. An der Spitze dieser Bewegung steht derzeit Shaked, die beharrlich Gesetzesentwürfe einbringt, um dieses Bestreben zu unterstützen. Erst im Mai 2016 hatte sie vorgeschlagen, das israelische Zivilrecht auf die Siedlungen auszuweiten, um sie als rechtlichen Körper Israel anzugleichen. Bildungsminister Naftali Bennett (Jüdisches Heim) strich seinerseits die Kurzgeschichte »Borderlife« vom Lehrplan staatlicher Schulen, weil sie eine Liebesbeziehung zwischen einer jüdischen Israelin und einem Palästinenser zum Thema hat. Die Abgeordneten Bezalel Smotrich und Nissan Slomiansky (beide Jüdisches Heim) legten einen Entwurf vor, der das jüdische religiöse Gesetz (Halacha) im Falle unklarer Rechtslage zum Hauptreferenzpunkt für Richter machen sollte. Auch Verteidigungsminister Avigdor Lieberman (Israel Beitenu) profilierte sich mit einer Reihe ähnlicher Initiativen. Seine Partei brachte einen Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Todesstrafe ein. Außerdem zitierte er den Programmchef des Armeeradios, Galei Zahal, zu sich und bestand darauf, dass Gedichte des preisgekrönten palästinensischen Dichters Mahmud Darwish, zuvor bemerkenswerterweise im Armeeradio ausgestrahlt, als Volksverhetzung einzustufen seien.

Wie erwähnt, fehlte den meisten der genannten Vorschläge von vornherein die parlamentarische Mehrheit. Zum Beispiel war Shaked's Gesetzesvorschlag zur parlamentarischen Überstimmung des Obersten Gerichtshofs schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sich Kulanu im Koalitionsvertrag zu diesem Punkt ein Vetorecht

hatte zusichern lassen. Dessen ungeachtet bestimmen diese Initiativen oftmals die nationale wie internationale Berichterstattung. Auf diese Weise wird offenbar, dass die populistische Rechte, also etwa ein Drittel der Koalition, in der Lage ist, den Rest der Regierung vor sich herzutreiben. Ziel dieser Vorstöße ist kein Gesetz, sondern die Öffnung des gesellschaftlichen Diskurses für Auffassungen, die bis dato als inakzeptabel galten.

Ausdruck dieser Entwicklung war Ende Juli 2016 ein Streit zwischen Bildungsminister Bennett und Premier Netanjahu, in dessen Verlauf sich beide fortgesetzt als »links« beschimpften und als jeweils der bessere Repräsentant der israelischen Rechten darzustellen suchten. Doch erhebt sich auch Widerspruch gegen diese rechtspopulistischen Diskurse. Moderatere Politiker der Regierungskoalition wenden sich mitunter in scharfer Form dagegen, darunter viele Abgeordnete von Kulanu, aber auch Teile des Likud wie Benny Begin oder Gila Gamliel. Verteidigungsminister Moshe Jaalon (Likud) und Umweltschutzminister Avi Gabbay (Kulanu) sind im Mai 2016 aus Protest gegen den erstarkenden Rechtspopulismus zurückgetreten.

Erfolge populistischer Politik

Die beschriebene politische Dynamik verändert jedoch nicht nur Diskurse, sondern bringt auch handfeste politische Ergebnisse hervor, wie zwei verabschiedete Gesetze illustrieren.

Dabei handelt es sich zum einen um das vielbeachtete »NGO-Gesetz«, das eigentlich nur eine Gesetzesänderung ist. Demnach müssen NGOs, die mehr als die Hälfte ihrer finanziellen Mittel von ausländischen Regierungen oder internationalen Organisationen beziehen, dies bei allen öffentlichen Auftritten und Korrespondenzen deutlich machen. Zwar wurde die ursprüngliche Klausel fallengelassen, laut der Vertreter solcher NGOs im Parlament einen entsprechenden Sticker hätten tragen müssen. Zündstoff birgt das Gesetz dennoch, weil

25 der voraussichtlich 27 betroffenen Organisationen als regierungskritisch gelten. Rechtsgerichtete israelische NGOs erhalten ihre Einnahmen zwar auch zu großen Teilen aus dem Ausland, vor allem den USA. Doch das Geld stammt überwiegend von privaten Spendern, die von dem Gesetz nicht betroffen sind. Daher wirkt das Gesetz maßgeschneidert, um regierungskritische Organisationen in der Öffentlichkeit als vom Ausland gesteuert und »unisraelisch« zu brandmarken. Außerdem zieht es auch gesellschaftspolitische Kreise. So hat die nationalistische NGO »Im Tirtzu« die betreffenden Organisationen offen als »ausländische Agenten« bezeichnet und einen direkten Zusammenhang zwischen deren Arbeit, der Finanzierung aus dem Ausland und Terroranschlägen hergestellt. Zwar kritisieren Politiker diese Art der Äußerung durchweg als überzogen. Dies ändert nichts daran, dass ein solcher Diskursbeitrag vor wenigen Jahren noch vollkommen indiskutabel gewesen wäre.

Ein zweites Beispiel ist die Änderung des Grundgesetzes »Die Knesset«. Sie erlaubt es dem Parlament, per Abstimmung künftig einzelne Abgeordnete auf Grundlage der Tatbestände rassistischer Volksverhetzung oder der Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen Israel auszuschließen. Auslöser war ein gewiss auch als Provokation gedachter Kondolenzbesuch dreier Abgeordneter der Vereinigten Arabischen Liste bei Familien von Palästinensern, die getötet worden waren, als sie einen Terroranschlag verübten. In der ursprünglichen Gesetzesvorlage sollte schon eine Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten für einen Ausschluss genügen. Die schließlich angenommene Fassung sieht dagegen vor, dass bereits der Einleitung dieses Prozesses mindestens 70 Abgeordnete zustimmen müssen, davon mindestens zehn aus der Opposition. Ein Ausschluss würde demnach das Placet von mindestens 90 Abgeordneten erfordern – eine Zahl, die in Israels Vielparteiensystem kaum je erreicht werden dürfte.

Gleichwohl bleibt dieses Gesetz aus demokratietheoretischer und praktischer

Sicht fragwürdig, weil es Aufgaben von Judikative und Legislative vermischt und politische Grundrechte zu Mehrheitsentscheidungen verwässert. Damit ist es ein weiterer Ausdruck der für populistische Politik typischen Tendenz zu einer Mehrheitsdemokratie, die rechtliche oder konstitutionelle Schranken für die Entscheidungen parlamentarischer Mehrheiten zu beseitigen sucht. Freilich hat sich bei diesen Gesetzen auch erwiesen, dass populistische Vorstöße im parlamentarischen Prozess abgeschwächt werden, gerade durch den Widerstand von Teilen der Koalition. Dennoch sind diese Beispiele Indikatoren für eine Dynamik der israelischen Politik nach rechts. Möglich wurde sie erst durch die Situation im israelischen Parlament, die wiederum eng mit der Einstellung zum Friedensprozess zusammenhängt: Je näher die Parteien bei diesem Thema beieinanderliegen, desto wahrscheinlicher ist die Koalitionsbildung.

Friedensprozess mit den Palästinensern und Koalitionsbildung in Israel

Anhand der letzten beiden Regierungen lässt sich gut veranschaulichen, wie die Koalitionsbildung in Israel vonstatten geht. So wurden 2013 Parlamentswahlen nötig, weil der Oberste Gerichtshof 2012 ein Gesetz zur Befreiung der Ultraorthodoxen von der Wehrpflicht bemängelt und dessen Änderung verlangt hatte. Daraufhin blieb deren Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum nicht viel anderes übrig, als die Regierung zu verlassen. Die Wahlen brachten eine Koalition von Parteien aus unterschiedlichen ideologischen Spektren hervor, der unter anderem Parteien der Mitte angehörten. Abgesehen von persönlichen Animositäten war klar, dass auch die beiden großen gesellschaftlichen Konfliktlinien – Friedensprozess und Identität des Staates – früher oder später eine gewichtige Rolle für den Koalitionsfrieden spielen würden. Über mitunter heftigen Differenzen zerbrach die Regierung denn auch nach nur zwei Jahren mitten in der Legis-

laturperiode. Daher überrascht es nicht, dass sich je nach Möglichkeit Koalitionen von Parteien bilden, die sich ideologisch nahestehen.

Dennoch ist die Lage komplexer, als sie auf den ersten Blick scheinen mag. So variieren die Einstellungen zum Friedensprozess in der derzeitigen rechten Koalition stark. Während alle eine gewisse Skepsis eint, lehnen das Jüdische Heim und Teile des Likud eine Zwei-Staaten-Lösung kategorisch ab. Andere im Likud halten die Zwei-Staaten-Lösung zwar für eine theoretische Möglichkeit, die sich aber bis auf Weiteres nicht umsetzen lasse. Außenminister Lieberman formulierte einen eigenen Vorschlag zur Zwei-Staaten-Lösung, der die Umsiedlung der in Israel lebenden Araber vorsah. Für die ultraorthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Thorajudentum hat das Thema nicht die höchste Priorität, doch sie sind in der Tendenz eher kritisch, vor allem was die Teilung Jerusalems betrifft. Innerhalb der Regierungskoalition sprach sich allein der Vorsitzende von Kulanu, Moshe Kahlon, jüngst für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen aus.

Noch komplizierter wird das Bild, wenn man den Blick über die restliche Parteienlandschaft schweifen lässt. Mit Ausnahme einiger Stimmen der Arabischen Liste befürworten alle Parteien eine Zwei-Staaten-Lösung, auch wenn die Einschätzungen darüber auseinandergehen, ob und wie sie sich verwirklichen ließe. Nicht bestritten wird, dass Schritte hin zu einer Zwei-Staaten-Lösung überfällig sind. Je näher die Parteien der politischen Mitte stehen (Yesh Atid, Teile der Zionistischen Union), desto nachdrücklicher machen sie sich derzeit für unilaterales Handeln stark, das heißt einen Rückzug aus Teilen der Gebiete ohne Verhandlungen. Je weiter links sich die Akteure verorten (andere Teile der Zionistischen Union, Meretz, Arabische Liste), desto lauter fordern sie Verhandlungen.

Mithin stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Die Mehrheit der israelischen Parlamentarier hält die Zwei-Staaten-Lösung grundsätzlich für die beste Möglichkeit,

den Nahostkonflikt beizulegen, etwa im Vergleich zu einer Ein-Staaten-Lösung. Gleichzeitig findet sich auch eine Mehrheit, die nicht glaubt, dass dieser Prozess zurzeit mit den Palästinensern umzusetzen sei. Sie traut der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nicht zu, dass sie fähig oder willens sei, von palästinensischem Territorium gestartete Angriffe zu verhindern. Das deckt sich weitgehend mit der Ansicht der israelischen Gesellschaft: Während immer noch eine wenn auch knappe Mehrheit die Zwei-Staaten-Lösung unterstützt, glauben nur 11%, dass sie in den nächsten zehn Jahren zu verwirklichen sei.

Vor diesem Hintergrund muss man sowohl die israelischen Koalitionsbildungsmechanismen als auch Ministerpräsident Netanjahus wechselhafte Positionierung im Friedensprozess verstehen, die zwischen vorsichtiger, erstmaliger Unterstützung der theoretischen Möglichkeit (Grundsatzrede 2009) und kategorischer Ablehnung eines palästinensischen Staates (Wahlkampf 2015) oszilliert. Für dieses Schwanken gibt es verschiedene Gründe. Einerseits kann der Premier nicht die Mehrheit der Bevölkerung ignorieren, welche die Zwei-Staaten-Lösung zumindest theoretisch in Betracht zieht. Auch der internationale Druck spielt hier sicherlich eine Rolle. Andererseits spricht aus Netanjahus Sicht einiges gegen eine solche Lösung: Als Vertreter klassischen israelischen Sicherheitsdenkens folgt der Regierungschef der Prämisse, Israel befinde sich in einem ständigen Überlebenskampf, der vor allem militärische Stärke erfordere. Zudem hegt er tiefes Misstrauen gegenüber den Palästinensern und zumindest derzeit erhebliche Zweifel daran, dass ein Friedensschluss mit ihnen möglich ist. Frieden müsse Israel Sicherheit garantieren, doch die Vertreter des israelischen Sicherheitsdenkens sehen (wohl nicht ganz zu Unrecht) PA-Präsident Abbas außerstande, in dieser Frage verbindlich für die Palästinenser zu sprechen.

Selbst wenn Netanjahu glühender Anhänger einer Zwei-Staaten-Lösung wäre, dürfte er einen Kurswechsel in diese Rich-

tung politisch kaum überleben. In der aktuellen Koalition reicht der Austritt einer Partei mit mehr als sechs Sitzen, um die Mehrheit zu verlieren. Doch auch eine Koalition mit Parteien aus der Opposition wäre für Netanjahu schwierig. Da diese aller Voraussicht nach auf eine Weiterentwicklung des Friedensprozesses drängen würden, liefe diese Konstellation entweder auf ein Ende der Koalition hinaus oder würde Netanjahu das Ministerpräsidentenamt kosten. Ein substantieller Teil der Likud-Fraktion lehnt zwei Staaten als Lösung des Nahostkonflikts kategorisch ab. Sollte diese Möglichkeit in Friedensverhandlungen ernsthaft thematisiert werden, würden sich die Gegner im Likud vermutlich von der restlichen Fraktion abspalten, wie schon beim Rückzug aus Gaza 2005 unter Sharon geschehen. Netanjahu hätte dann nicht mehr die größte Fraktion in der Knesset hinter sich und müsste als Ministerpräsident zurücktreten.

In dieser Sachlage drückt sich das ganze Dilemma der israelischen Politik aus: Zwar spricht sich die Mehrheit der Knessetmitglieder zumindest prinzipiell für zwei Staaten als Lösung des Konflikts aus, aber die parteipolitische Konstellation bringt nur Koalitionen hervor, die dagegen operieren.

Netanjahus derzeitige Position ist daher relativ klar: Er verwirft die Idee eines Friedensprozesses nicht grundsätzlich, glaubt aber nicht an die Möglichkeit eines Erfolgs. Das schlägt sich auch in seiner Einstellung zu den gegenwärtigen Vorstößen für eine neue Runde im Friedensprozess nieder. Er lehnt Frankreichs Initiative ab, Verhandlungen auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 zu führen. Stattdessen fordert er direkte Verhandlungen mit den Palästinensern ohne vorher festgelegte Parameter. Allerdings würde dies beiden Seiten Maximalforderungen erlauben, Kompromisse erschweren und einen Abbruch der Unterredungen erleichtern – ein Szenario, das augenblicklich durchaus in Netanjahus Sinne ist. Den Aufruf des ägyptischen Präsidenten Sisi zu direkten Verhandlungen flankierte der

israelische Premier geschickt mit einem eigenen Vorschlag. So begrüßt er Sisis Forderung im Grundsatz, koppelt sie aber an die breitere Perspektive des sogenannten saudischen Friedensplans. Einigt sich Israel mit den Palästinensern im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung, so der Plan, sollen im Gegenzug die meisten arabischen Staaten Israel anerkennen. Netanjahu kehrt jedoch die Reihenfolge um. In einer Grundsatzrede sprach er davon, dass zuerst Friedensverhandlungen mit den arabischen Staaten stattfinden sollten. Erst danach wolle er mit den Palästinensern verhandeln. Auf diese Weise versucht Netanjahu zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen verbindet er Israels stärkere sicherheitspolitische Integration in die Region mit der fernen Hoffnung auf dessen Anerkennung durch die arabischen Staaten. Zum anderen ist er aber auch bestrebt, einen Versuch zur Lösung des Konflikts mit den Palästinensern weiterhin auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Ausblick und Empfehlungen

Ist Israel also nach rechts gerückt? Wenigstens in einer kurzzeitigen Perspektive kann man dies bejahen. Die israelische Politik wird zurzeit immer weniger von der moderaten Rechten und immer stärker von Rechtspopulisten beeinflusst. Ablesen lässt sich dies an der Amtsführung von Ministern, einzelnen Gesetzen und vor allem am Bestreben, gesellschaftliche Grundnormen nach ethnischen oder religiösen Kriterien zu bestimmen. Damit einher geht der Versuch, liberal-demokratische Prinzipien wie Minderheitenrechte einzuschränken und den Spielraum der zivilgesellschaftlichen Opposition zu verkleinern. Generell ist zu beobachten, dass sich die israelische Regierungspolitik von einem substantiellen Demokratieverständnis entfernt und einem reinen Mehrheitsprinzip annähert. Das Erstarken der populistischen Rechten hat verschiedene Gründe. Erstens ist Ministerpräsident Netanjahu darauf angewiesen, möglichst viele Wähler aus dem rechten

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Spektrum hinter dem Likud zu vereinen, auf Kosten der anderen rechten Parteien. Das zwingt ihn, mit dem rechten Rand um Wählerstimmen zu konkurrieren – ein Spiel, das er bereit ist zu spielen. Zweitens verfügt die Koalition nur über eine knappe Mehrheit. Die meisten Parteien der Koalition wären in der Lage, die Regierung zu stürzen. Das verleiht den Akteuren an den Rändern des politischen Spektrums größere Handlungsfreiheit, da sich die Koalition nur schwer disziplinieren lässt. Ein dritter bedeutender Aspekt ist die Frustration in der israelischen Gesellschaft über das fortgesetzte Scheitern des Nahostfriedensprozesses. Wichtigstes Kriterium für die israelische Politik ist nach wie vor die Positionierung der Akteure zu den Möglichkeiten einer Konfliktlösung. Dem rechten Lager kommt die Hoffnungslosigkeit sehr zustatten, denn es stand dem Friedensprozess von jeher skeptisch gegenüber. Die Opposition ist derzeit auch nicht in der Lage, glaubwürdige Vorschläge zur Konfliktlösung zu unterbreiten. Nicht dass die Regierungskoalition eher imstande wäre, eine wie auch immer geartete Entscheidung zu treffen: Für die Annexion der Siedlungen fehlt dem rechten Rand eine Mehrheit, eine andere Lösung ist momentan nicht in Sicht. So bleibt das, was Netanjahu seit langem betreibt, Gebot der Stunde: Konfliktmanagement. Jenseits seines Sicherheitsdogmas scheint der Premier keine politische Vision zu haben.

Europäische Politik, die sich sowohl um den Friedensprozess sorgt als auch substantielle Demokratie in Israel fördern will, kann hier ansetzen: Die nachdrückliche Unterstützung für einen palästinensischen Staat bleibt schon mangels tragfähiger Alternativen die einzige Option zur Beilegung des Nahostkonflikts. Gerade im Zusammenhang mit Netanjahus Versuch, auf die arabischen Staaten zuzugehen und dabei die Palästinenser auszuklammern, kann die EU aktiv werden. Im Konzert mit arabischen Staaten muss sie der israelischen Regierung verdeutlichen, dass auf Friedens-

gespräche mit den Palästinensern nicht verzichtet werden kann.

Gleichwohl, und das bleibt die Hauptsorge der Israelis, müssen künftige Friedensverhandlungen auch zum Ziel haben, dass Israels Sicherheit gewährleistet bleibt. Hier sind verschiedene Maßnahmen vorstellbar, etwa Blauhelmtuppen an einer zukünftigen Grenze oder ein demilitarisierter Staat Palästina. Denn trotz Israels militärischer Dominanz muss das weitverbreitete Argument entkräftet werden, dass das Land seit Beginn des Friedensprozesses nach jedem Rückzug aus Gebieten angegriffen wird. Andernfalls wird sich keine Mehrheit für die Wiederbelebung des Friedensprozesses finden lassen. Angesichts dessen scheint guter Rat von außen nötig zu sein, da sich die israelische Politik gegenwärtig hauptsächlich durch Mechanismen der Koalitionsbildung selbst blockiert.

Dieser Weg bietet zudem die Möglichkeit, die unter Druck geratenen demokratischen Institutionen zu stärken. Engagement für liberale demokratische Werte und Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung sind zwar nicht dasselbe, aber dennoch miteinander verbunden. Die Vorstellung eines legitimen palästinensischen Staates ist vor allem eine liberale Idee in Israel. Mit der Stagnation des Nahostfriedensprozesses verliert der Gedanke einer liberalen Demokratie damit auch binnenstaatlich an Boden zugunsten national-kollektivistischer Anschauungen über den Staat Israel. Wenn gleich mit der Regierung Netanjahu nur schwierig zu bewerkstelligen, könnte ein solider Friedensprozess neue Hoffnung wecken, der zusammen mit den stabilen arabischen Staaten der Region und allen voran Saudi-Arabien in die Wege geleitet wird.